

# BESCHLUSS

KPV-Landesversammlung | 26. August 2020



## 1 Die digitale Kommune

2 Zukunft ist ohne Digitalisierung und Vernetzung kaum mehr denkbar. Gerade die Corona-Pandemie  
3 hat uns das sehr stark vor Augen geführt. Viele Behörden und Unternehmen haben ihre Mitarbeite-  
4 rinnen und Mitarbeiter in das Home-Office geschickt. Es hat sich schnell gezeigt, welche Kommunen  
5 den wachsenden Anforderungen einer digitalen Welt gewachsen sind und welche nicht. Schnelles  
6 Internet, durchgängige Mobilfunkanbindung und Vernetzung waren in den letzten Monaten Gold  
7 wert. Daran arbeiten unsere Städte, Gemeinden und Kreise bereits viele Jahre, denn sie alle wollen  
8 mit Dynamik und Innovationskraft den Herausforderungen von morgen begegnen. Es geht um mehr,  
9 als in einer Pandemie arbeitsfähig zu bleiben, obwohl uns so eine Krise immer wieder ereilen kann.  
10 Es geht um langfristige und tiefgreifende ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen. Dazu  
11 haben bereits viele Kommunen Digitalisierungsprojekte durchgeführt – teils mit sehr sichtbaren Er-  
12 folgen. So ist der Breitbandausbau in den schleswig-holsteinischen Kommunen in den letzten Jahren  
13 erheblich gesteigert worden und nimmt bundesweit einen Spitzenplatz ein. Auch zahlreiche WLAN-  
14 Initiativen zeigen ihre Wirkung für eine attraktive Kommune. Darüber hinaus engagieren sich gerade  
15 viele (kommunale) Unternehmen im Breitbandausbau.

16 Aber die Corona-Pandemie hat auch gezeigt, dass wir uns nicht am Ende, sondern eher am Anfang  
17 der digitalen Entwicklung vor Ort befinden und dass diese Entwicklung sehr unterschiedlich ausge-  
18 prägt ist. Wo manche Gemeinden bis zur letzten „Milchkanne“ mit Glasfaser versorgt sind, scheinen  
19 manche Straßenzüge in den Städten noch Jahre abgehängt zu sein. Denn gerade bei Digitalisierungs-  
20 projekten besteht eine starke Abhängigkeit von Akteuren vor Ort und den zugrundeliegenden tech-  
21 nischen, daten- und prozessbezogenen Infrastrukturen und Plattformen. Unkoordinierte, nicht inte-  
22 grierte Initiativen können daher schnell zu Unvereinbarkeiten und damit zum digitalen Stillstand,  
23 mindestens jedoch zu massiven Fehlinvestitionen führen. Digitalisierung braucht immer eine kriti-  
24 sche Masse und eine integrierte Planung.

25 Politik und Verwaltung sehen sich im Bereich der Digitalisierung einem enormen öffentlichen Inte-  
26 resse und Erfolgsdruck ausgesetzt. Die Anforderungen von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft,  
27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und anderen Akteuren sind vielfältig und ihre zeitgleiche Umset-  
28 zung eine enorme Herausforderung. Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche Kommunen ihre digi-  
29 talen Einzelprojekte in einem strategischen Rahmen verortet. Die ITVSH, das Breitbandkompetenz-  
30 zentrum oder der IT-Zweckverband Kommunit sind dabei neben vielen anderen Akteuren wichtige  
31 Begleiter und Unterstützer. Sie entwickeln kommunale Digitalisierungsstrategien, um ihre Vision  
32 einer digitalen Zukunft gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber ihrer Verwaltung sichtbar zu  
33 machen. Dabei ist es aber wichtig, dass nicht jede Kommune das Rad neu erfinden muss und dass

34 entwickelte Leistungen anderen zugänglich gemacht wird. Denn die Zukunft ist ohne Digitalisierung  
35 und Vernetzung kaum vorstellbar – die Gestaltung der digitalen Zukunft ist vor allem eine Gemein-  
36 schaftsaufgabe, in deren Zentrum der Nutzen für die Menschen steht.

37

38 Konkret geht es dabei um die zügige Umsetzung der folgenden Themen:

### 39 **Breitbandausbau**

40 Bundesweit nimmt Schleswig-Holstein einen Spitzenplatz beim Breitbandausbau ein. Nichtsdestotz  
41 erleben wir, dass in vielen Kommunen durch Eigeninitiative der Breitbandausbau gut funktioniert  
42 und in einigen Regionen, insbesondere in den Städten der Ausbau stockt, weil die kritische Masse  
43 für die Wirtschaftlichkeit fehlt. Hier ist es wichtig, Anreize zu schaffen, sodass jeder Straßenzug von  
44 Glasfaser profitieren kann.

45

### 46 **Der digitale Arbeitsplatz**

47 Die Corona-Pandemie hat in vielen Bereichen zu einer Beschleunigung der Digitalisierung geführt.  
48 So hat sich die Anzahl von Home-Office-Ausstattungen und digitalen Meetings drastisch erhöht.  
49 Beim Home-Office geht es jedoch um viel mehr: es ist die Einrichtung eines digitalen und damit fle-  
50 xiblen und mobilen Arbeitsplatzes. Diese Möglichkeit des Arbeitens erlaubt es, junge Fachkräfte für  
51 die eigene Verwaltung zu gewinnen. Zudem steigert es die Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Wirt-  
52 schaft, die in diesem Bereich oft weiter ist. Es erhöht aber auch die Chance, Mitarbeiterinnen und  
53 Mitarbeiter zu gewinnen, die nicht in der Nähe der physischen Verwaltung leben. In den letzten Jah-  
54 ren hat es viele Menschen in die großen Städte gezogen. Der ländliche Raum, und damit auch die  
55 Verwaltungen vor Ort haben oft Probleme, gute Fachkräfte zu finden. Das Arbeiten auf Distanz kann  
56 für dieses Problem neue Lösungen bieten. So sollten Verwaltungen z.B. auch auf Co-Working-Space-  
57 Projekte zugreifen.

58 Durch die Corona-Pandemie ist beim Thema „digitaler Arbeitsplatz“ neuer Schwung entstanden, der  
59 genutzt werden muss, da die Möglichkeiten des digitalen Arbeitens neben Zeitersparnissen auch  
60 ökologische Nutzeneffekte erzeugen.

61

### 62 **IT-Sicherheit hat höchste Priorität**

63 Die Digitalisierung der Verwaltung und der digitale Arbeitsplatz können nur mit einem umfassenden  
64 IT-Sicherheitskonzept funktionieren. Wenn dies nicht vorhanden ist und nicht mit Nachdruck voran-  
65 getrieben wird, drohen Datenlecks, Datendiebstahl und vor allem droht der Verlust des Vertrauens  
66 in die Verwaltung.

67 Es ist immer wieder festzustellen, dass die Verwaltungen sehr unterschiedlich zu dem Thema aufge-  
68 stellt sind und teilweise an ihre Grenzen stoßen. Da aber eine funktionierende IT-Sicherheit das  
69 Rückgrat für das Vertrauen der Gesellschaft in die Verwaltung darstellt, muss hierauf ein besonderer

70 Fokus gerichtet werden. Mithilfe überregionaler Organisationen, wie z.B. der ITVSH und mit Hilfe  
71 des Landes müssen landesweit gleiche Standards implementiert werden, die regelmäßig extern eva-  
72 luiert und testiert werden müssen. Daher unterstützt die KPV Schleswig-Holstein die Forderung ei-  
73 niger CDU-Bundestagsabgeordneten nach der Einführung eines „Daten-Wirtschaftsprüfers“.

74

## 75 **Digitalisierung der Verwaltungsleistungen**

76 Bis 2022 sollen Bund, Länder und die Kommunen alle Verwaltungsleistungen in Deutschland über  
77 Verwaltungsportale auch digital anbieten und diese Portale zu einem Verbund verknüpfen. Aktuell  
78 werden ca. 70% aller Verwaltungsvorgänge in den Kommunen abgewickelt. Durch den Staatsvertrag  
79 zur Errichtung des IT-Planungsrates wurde ohne Aufweichen des Bundesdurchgriffs auf die Kommu-  
80 nen sichergestellt, dass die Länder gegenüber ihren Kommunen verantwortlich bleiben und Digitali-  
81 sierung unter strengster Konnexität umsetzen müssen. Dieses Zukunftsprojekt müssen wir weiter-  
82 hin konstruktiv vor Ort begleiten. Dazu brauchen wir vor Ort in jeder Verwaltung eine kontinuierlich  
83 aktualisierte Umsetzungsstrategie. Wir schlagen im Sinne einer Angebotsplattform einen „kommu-  
84 nalen App-Store“ vor, in dem mit Unterstützung des Landes alle zertifizierten, zugelassenen, einsatz-  
85 fähigen Fachanwendungen für die Kommunen vergabe- und kostenfrei zur Verfügung gestellt wer-  
86 den.

87 Dafür ist es wichtig, dass die internen Verwaltungsprozesse voll auf die Digitalisierung umgestellt  
88 und ausgerichtet werden. Nur wenn die internen Arbeitsabläufe medienbruchfrei abgewickelt wer-  
89 den können, wird die Digitalisierung für die Verwaltung nach Innen und nach Außen ein Erfolg.

90

## 91 **Digitalisierung des Bürgerservices**

92 Mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes sollen künftig 575 Fachverfahren der Verwaltungen  
93 in digitaler Form zur Verfügung stehen. Bürger können damit online Geburts-, Ehe- und Sterbeur-  
94 kunden beantragen oder An- und Ummeldungen des Wohnsitzes vornehmen. Gewerbeanmeldungen  
95 und -abmeldungen, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister sowie An- und Abmeldungen zur Hun-  
96 deststeuer oder des Kfz werden möglich.

97 Auch die dabei entstehenden Gebühren sollen online beglichen werden können. Der Gang zum Amt  
98 wird damit unnötig. Rund um die Uhr, am Feierabend oder an den Wochenenden werden die Service-  
99 leistungen künftig Bürgern bereitstehen.

100 Um die Dienstleistungen online nutzen zu können, muss es für jeden Nutzer ein „Bürgerkonto“ ge-  
101 ben. Ziel ist es, jeglichen Verwaltungskontakt über eine Plattform abzuwickeln.

102 Damit dies medienbruchfrei ablaufen kann, muss auf ein Schriftformerfordernis weitestgehend ver-  
103 zichtet werden. Es muss auf eigenhändige Unterschriften verzichtet werden können. Daher sind  
104 Bund und Land aufgefordert, die Gesetze im Rahmen eines Digitalisierungsgesetzes dahingehend zu  
105 ändern, dass auf das Schriftformerfordernis rechtssicher verzichtet werden kann.

106 Derzeit werden zahlreiche Maßnahmen entwickelt und erprobt. Im Sinne einer föderalen Zusam-  
107 menarbeit werden die Themenfelder arbeitsteilig von Bund, Ländern und Kommunen bearbeitet. Für  
108 jedes Themenfeld hat eine Kooperation aus einem passenden Bundesressort und einem oder mehre-  
109 ren Bundesländern die gemeinsame Federführung übernommen. Unter Beteiligung aller Verwal-  
110 tungsebenen und der Nutzerexpertise erarbeiten sie einen Digitalisierungsplan und steuern die Um-  
111 setzung. Ziel ist es, nutzerfreundliche digitale Leistungen zu schaffen, die leicht von anderen Bun-  
112 desländern und Kommunen nachgenutzt werden können. Denn Ziel ist es, dass nicht jede Einheit das  
113 Rad neu erfindet, sondern die Leistungen für andere Verwaltungen nutzbar gemacht werden. Wich-  
114 tig ist, dass bei der Umsetzung des OZG nicht nur die klassischen Verwaltungsleistungen der Kom-  
115 munen betrachtet, sondern auch die hoheitlichen Aufgaben, die durch kommunale Unternehmen  
116 wahrgenommen werden, mitgedacht werden, z.B. die Abwasser- und Abfallentsorgung.

117 Darüber hinaus nehmen kommunale Unternehmen für ihre Kommunen zunehmend neue Aufgaben  
118 in der Umsetzung von Digitalisierungsstrategien wahr. Deshalb ist es wichtig, dass kommunale Un-  
119 ternehmen in diesem Bereich wie die Kommunen selbst behandelt werden, z.B. als mögliche Partner  
120 zur Umsetzung von Bundes- und Landesprogrammen oder als Empfänger von Fördermitteln für Digi-  
121 talisierungsprojekten.

122

### 123 **Unabhängige IT-Landschaft**

124 Der KPV Schleswig-Holstein ist es wichtig, dass die digitale Souveränität der Kommunen erlangt  
125 wird. Unsere Kommunen dürfen sich in der IT-Technologie nicht von nur einigen wenigen Anbietern  
126 abhängig machen. Daher muss vor Ort der Einsatz von Open-Source-Technologien vorangetrieben  
127 werden.

128

### 129 **Digitalisierung der Schulen**

130 Die Corona-Pandemie hat die Beschulung der Schülerinnen und Schüler im klassischen Präsenzun-  
131 terricht nahezu zum Erliegen gebracht. Digitale Lösungen waren gefragt. Damit digitales Lernen ge-  
132 lingen kann, bedarf es einer gut ausgebauten Infrastruktur, für die die Kommunen vor Ort verant-  
133 wortlich sind. Sie nehmen eine zentrale Rolle für das Funktionieren digitalen Lernens ein. Dabei geht  
134 es darum, die Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten und unsere Schulen vor Ort mit  
135 WLAN und Breitband auszustatten. Dafür stehen nun neue Mittel in Millionenhöhe zur Verfügung,  
136 um vor Ort die Schulen besser auszustatten. Denn die Kommunen dürfen bei diesem wichtigen  
137 Thema nicht alleine gelassen werden und benötigen die Unterstützung von Bund und Land.

138

### 139 **Digitalisierung der kommunalpolitischen Arbeit**

140 Gerade zu Beginn der Corona-Pandemie waren Sitzungen der kommunalen Gremien eher die Aus-  
141 nahme. Die zu einer Risikogruppe gehörenden Kommunalpolitiker haben eher den Kontakt gemie-  
142 den. Trotzdem können nicht alle politischen Entscheidungen vor Ort aufgeschoben werden. Daher  
143 ist es richtig, dass das Land plant, dass die Kommunen in ihrer Hauptsatzung regeln können,

144 Gremiensitzungen digital durchzuführen. Wichtig ist hierbei, dass die Öffentlichkeit der Sitzung er-  
145 möglicht werden kann. Zudem muss sichergestellt sein, dass digitale Sitzungen mit nichtöffentlichen  
146 Inhalten nicht weitergegeben werden können. Die IT-Sicherheit spielt bei der Digitalisierung der De-  
147 mokratie vor Ort eine zentrale Rolle.

148 Zudem muss darauf geachtet werden, dass Menschen durch die Digitalisierung der Kommunalpolitik  
149 an deren Teilnahme nicht ausgeschlossen werden. Hybride Gremiensitzungen, die teils digital und  
150 teils physisch durchgeführt werden, könnten helfen, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

151 Die KPV Schleswig-Holstein begrüßt, dass das Land plant, die Entschädigungssatzung dahingehend  
152 zu ändern, dass den Kommunalpolitikern neben der regelmäßigen Entschädigung auch eine weitere  
153 Entschädigung für den Einsatz eigener Endgeräte sowie für die für deren Nutzung notwendige Infra-  
154 struktur auszuzahlen.

155

### 156 **Zukünftige Entwicklung**

157 Die Umstellung auf ein rein digitales Amt, bzw. Rathaus ist nicht das Ende. Die digitale Transforma-  
158 tion von Staat und Verwaltung ist ein laufender Modernisierungsprozess, deren Ende derzeit noch  
159 nicht absehbar ist. Im Laufe der Zeit werden die einzelne Fachverfahren und Angebote immer ausge-  
160 feilter. Dabei sollte frühzeitig auch der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI), beispielsweise in  
161 Chat-Bots, mit einbezogen werden. Denn KI ist nicht nur ein Thema der Wirtschaft, sondern wird  
162 massiv die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung bestimmen. So könnten gerade Standardverfah-  
163 ren automatisch abgewickelt werden und Dienstleistungen 24/7 rund um die Uhr erreichbar ge-  
164 macht werden. Zudem kann der Wissenstransfer viel umfassender umgesetzt werden. Hier sollten  
165 Land und Kommunen eine gemeinsame technische Lösung entwickeln, die überall eingesetzt werden  
166 kann. In Schleswig-Holstein sollte ein umfassendes KI-Ökosystem aufgebaut werden, welches Öff-  
167 fentliche Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft miteinander verknüpft.

168

### 169 **Soziale Verantwortung**

170 Der KPV Schleswig-Holstein ist es wichtig, dass niemand bei der Digitalisierung der Kommunen ab-  
171 gehängt wird. Die Angebote müssen so niedrigschwellig wie möglich angeboten werden. Nicht jeder  
172 Mensch kommt bei den schnellen Prozessen hinterher und ist in der Lage, sie richtig zu deuten und  
173 entsprechende Schlüsse zu ziehen. Daher ist die digitale Fürsorgepflicht der Verwaltungen ganz ele-  
174 mentar, damit wir bei der Umstellung niemanden zurücklassen.

175

### 176 **Die KPV Schleswig-Holstein fordert:**

- 177 • Flächendeckender Breitbandausbau ohne weiße Flecken und kostenfreies öffentliches  
178 WLAN in allen Kommunen mit Hilfe des Landes.

- 179 • Intensivierung des Breitbandausbaus in den „grauen Flecken“, die über eine auf absehbare  
180 Zeit nicht mehr ausreichende Grundversorgung verfügen.
- 181 • Kommunen müssen sich untereinander verstärkt vernetzen und auch von der Landesebene  
182 E-Government-Angebote erhalten. Nicht jede Kommune muss ihre Angebote von Grund auf  
183 selbst konzipieren.
- 184 • Die Gleichstellung von kommunalen Unternehmen mit den Kommunen bei der Umsetzung  
185 von Förderprogrammen.
- 186 • Kommunen müssen ihre Mitarbeiter frühzeitig in digitalen Themen schulen und auch Ange-  
187 bote für ihre Bürgerinnen und Bürger bereitstellen.
- 188 • Reduzierung des Schriftformerfordernisses auf das notwendige Mindestmaß.
- 189 • Der Bürger muss jegliche Kommunikation mit der Verwaltung digital abwickeln können. Die  
190 Kommunikation soll nachvollziehbar beispielsweise über Ticketsysteme geregelt werden, die  
191 sukzessiv mit Wissensdatenbanken verknüpft werden können und so helfen, weitere Pro-  
192 zessschritte zu reduzieren.
- 193 • Niemand darf abgehängt werden. Es bedarf Lösungen für eine soziale digitale Teilhabe.
- 194 • Schleswig-Holstein braucht eine gemeinsame KI-Strategie von Land und Kommunen.
- 195 • Schleswig-Holstein braucht eine kommunale Open-Source-Strategie.
- 196 • Bildungsministerium und ITVSH sollen Handreichungen für kommunale Schulträger ausarbei-  
197 ten, um die optimale Infrastruktur für Schleswig-Holsteins Schulen zu gewährleisten.
- 198 • Das Land wird aufgefordert zusammen mit der Landesbeauftragten für den Datenschutz  
199 Wege aufzuzeigen, wie allgemein verwendet digitale Produkte sowie kommunale Auftritte in  
200 den sozialen Medien datenschutzkonform eingesetzt werden können.